

Mündliche Fragen der ProDG-Fraktion/Alfons Velz in der
Kontrollsituation von Ausschuss I am 14. März 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

**Frage von Herrn VELZ (ProDG) an Herrn Ministerpräsidenten
PAASCH zum Thema Tihange**

In den vergangenen Wochen hat das Thema Tihange und Doel die öffentliche Wahrnehmung grenzübergreifend ziemlich stark geprägt. Und wie so oft steht da Meinung gegen Meinung. Was mich und sicherlich viele Bürger auch mehr interessiert, ist vor allem Hintergrundwissen, zum Beispiel zu Ihren Gesprächen mit dem für die Reaktorsicherheit zuständigen Innenminister Jan Jambon in dieser Angelegenheit. Daher meine Frage: *Was ist bei den Gesprächen zwischen Ihnen und Innenminister Jambon und anderen Gesprächspartnern konkret herausgekommen?*

Antwort von Ministerpräsident Paasch:

Ich habe in den letzten Monaten mehrmals mit dem Innenminister über die AKW in Tihange und Doel gesprochen.

Ich habe dabei im Sinne unserer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution vom 25. März 2013 immer wieder deutlich gemacht, dass aus unserer Sicht Tihange² und Doel³ nicht ans Netz dürfen, solange nicht alle Zweifel an ihrer Sicherheit restlos ausgeräumt sind.

Solange es Zweifel an der Sicherheit gibt, müssen die Reaktoren abgeschaltet werden. Das ist seit langem unsere Position. Und das sagen wir

nicht nur hier; sondern vor allem auch da, wo Entscheidungen getroffen werden: in Brüssel.

Die Inlandspresse hat ausführlich über unsere diesbezüglichen Bemühungen berichtet. Darüber hinaus haben wir das Thema in der Tat auch auf die TO der EMR gesetzt. Wir haben uns in der EMR intensiv damit beschäftigt; Vertretern der FANK und Electrabel kritische Fragen gestellt; und mit unserem euregionalen Netzwerk für Rettungsdienste über mögliche, grenzüberschreitende Notfallpläne gesprochen;

Am 23.02 haben auf unsere Initiative hin Politiker und Experten aus allen 5 Partnerregionen der EMR sowohl Innenminister Jambon als auch Experten der FANK mit unserer Sichtweise konfrontiert. Es war ein sehr offener und konstruktiver Austausch. Jambon hat dabei unter anderem seine Bereitschaft bekundet, internationale, kontradiktorische Inspektionen zu erlauben und Experten aus anderen EU-Staaten den Zutritt zu den AKW zu erlauben, damit sie die Sicherheit der Reaktorbehälter objektiv überprüfen können.

Das sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Wir müssen nun aber darauf achten, dass diese Ankündigungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Alle Partnerregionen der EMR haben bei dieser Gelegenheit erneut bekräftigt, dass aus ihrer Sicht die Reaktoren nicht ans Netz dürfen, solange es Sicherheitsbedenken gibt. Alle Partnerregionen, insbesondere der Aachener Städteregionsrat Etschenberg haben die Bemühungen der DG in dieser Angelegenheit ausdrücklich und öffentlich gelobt. Das hat uns gefreut und ermuntert uns, weiterhin am Ball zu bleiben. Denn – wie Sie wissen, kann niemand in der EMR AKW abschalten. Das kann nur die Föderalregierung.

Also müssen wir auch weiterhin in Brüssel Überzeugungsarbeit leisten.